

NZZ am Sonntag

Asyl

Es ist höchste Zeit für eine europäische Flüchtlingspolitik

Fast 24 000 Personen haben im letzten Jahr in der Schweiz einen Asylantrag gestellt, 600 000 waren es in ganz Europa. Das sind beeindruckende Zahlen. Das millionenfache Leid in den Kriegszonen vor allem im Nahen Osten lässt nicht erwarten, dass sie in nächster Zeit deutlich zurückgehen werden. Fakt ist damit bis auf weiteres, dass der Migrationsdruck im Flüchtlingsbereich hoch bleibt. Fakt ist aber auch, dass die Lasten unter den Staaten des Kontinents höchst unterschiedlich verteilt sind. Während Länder wie Deutschland, Schweden oder die Schweiz im Verhältnis zu ihrer Bevölkerung weit überproportional Flüchtlinge aufnehmen, haben andere Staaten ihre Türen faktisch verschlossen. Will man in den bisherigen Hauptaufnahmeländern keine asylpolitische Verhärtung unter dem Druck der Strasse riskieren, so müssen diese Ungleichheiten behoben werden. Und will man - endlich! - gerade den Flüchtlingen aus Syrien entschlossen helfen, so geht auch dies nur über international koordinierte Kontingente. Der deutsche Innenminister Thomas de Maizière hat nun einen entsprechenden Vorschlag auf den Tisch gelegt. Über die Details kann man diskutieren. Doch im Grundsatz ist klar: Die Asylpolitik mit der EU zu koordinieren, liegt nicht nur im Interesse der Flüchtenden, sondern auch in jenem der Schweiz. (pho.)

Saudiarabien

Zweifelhafter Verbündeter gegen den islamistischen Terror

Führende Politiker aus aller Welt haben sich am Samstag in der saudischen Hauptstadt Riad ein Stelldichein gegeben, um dem verstorbenen König Abdallah die letzte Ehre zu erweisen. Seit vielen Jahren ist das Königreich nicht nur Erdöllieferant, sondern auch wichtiger Verbündeter des Westens. Saudiarabien beteiligt sich an der internationalen Koalition, welche die Terrorarmee Islamischer Staat (IS) in Syrien und im Irak bekämpft. Trotzdem beschleicht einen ein ungutes Gefühl. Der IS hat seine Wurzeln im Wahhabismus, der rigorosen Auslegung des sunnitischen Islam also, die in Saudiarabien gelebt und in die Welt exportiert wird. Öffentliche Enthauptungen etwa, wie sie der IS medienwirksam inszeniert, sind auch in Saudiarabien an der Tagesordnung. Der Hass auf die Schiiten ist unter IS-Anhängern genau so verbreitet wie unter Saudis. Auf Blasphemie steht die Todesstrafe - in der saudischen Hauptstadt Riad ebenso wie in Rakka, der Hochburg des Islamischen Staats in Syrien. Saudiarabien hat das Monster IS mitgeschaffen. Dieses mit Kampfflugzeugen zu bekämpfen, ohne gleichzeitig dessen ideologischen Nährboden, den Wahhabismus, auszutrocknen, ist Heuchelei. Saudiarabien muss seine Staatsreligion reformieren. (at.)

Fahrzeugkontrollen

Bravo, Frau Leuthard!

Doris Leuthard geht mit gutem Beispiel voran: Das ihr unterstellte Bundesamt für Strassen hat beschlossen, Autofahrer leicht zu entlasten. Diese müssen neue Personenwagen künftig ein Jahr später als bis jetzt beim Strassenverkehrsamt erstmals vorführen. Damit will das Bundesamt dem technischen Fortschritt Rechnung tragen. Die polizeilichen Statistiken zeigen nämlich, dass in deutlich weniger als einem Prozent der Fälle Fahrzeugmängel die Ursache für Unfälle sind. Ohne das Lob für diesen Bürokratieabbau schmälern zu wollen: Die Zahlen zeigen, dass die Kontrollkadenz noch weiter gesenkt werden kann, bis die Autos selbst zu einem nennenswerten Risikofaktor werden. Perfektion anzustreben, kommt uns extrem teuer zu stehen. (st.)

Chappatte



Der externe Standpunkt

Wie man das Milizsystem verändern muss, damit es überlebt

Das bedrängte System der Laienbehörden auf Gemeindeebene lässt sich nicht mit einem Bürgerdienst retten. Im Kanton Luzern gibt es erfolgversprechendere Rezepte dafür, **schreibt Oliver Dlabac**

Mit dem provokativen Vorschlag eines obligatorischen Bürgerdienstes für alle hat die liberale Denkfabrik Avenir Suisse eine wichtige Debatte angestoßen: Welche Anpassungen sind nötig, um das Milizsystem als republikanisches Prinzip und als Schweizer Erfolgsfaktor in einer globalisierten und individualisierten Gesellschaft erhalten zu können? Dass in der halbdirekten Schweizer Demokratie am Milizprinzip festzuhalten ist, begründet Avenir Suisse mit dessen Stellenwert im Schweizer Staatsverständnis sowie mit Bürgernähe, Orientierung am Gemeinwohl und gesellschaftlicher Selbstverantwortung. Werde die individuelle Teilnahmebereitschaft nicht erhöht, droht Professionalisierung und Staatsausbau, womit das Milizprinzip weiter untergraben werde, argumentiert Avenir Suisse.

Eine kürzlich veröffentlichte Studie des Zentrums für Demokratie Aarau über die Milizorganisation der Gemeindeexekutiven im Kanton Aargau legt eine differenziertere Sichtweise nahe. Zwar stimmt es, dass in den letzten Jahrzehnten die Schwierigkeiten zugenommen haben, Bürgerinnen und Bürger zur Übernahme eines Exekutivamtes in den Gemeinden zu bewegen. Diese Probleme betreffen aber vor allem kleinere, ländlich geprägte Gemeinden mit rudimentärem Verwaltungsapparat. In den grösseren Gemeinden ist die Situation weit weniger prekär. Gleichzeitig zeigt sich, dass die Stundenlöhne der praktisch ausnahmslos ehrenamtlich tätigen Aargauer Gemeinderätinnen und Gemeinderäte deutlich unter dem Niveau ihrer Luzerner Amtskollegen liegen. Letztere sind oftmals teilamtlich angestellt (zum Beispiel in einem Pensum von 20 Prozent) und haben in den vergangenen Jahren die operativen Aufgaben zunehmend an einen Geschäftsführer delegiert. Damit bleibt ihnen mehr Raum für die Behandlung von strategischen Fragen. Eine Untersuchung der Hochschule Luzern hat jüngst aufgezeigt, dass sich mit diesem Modell die Suche nach

geeigneten Gemeinderatsmitgliedern vereinfacht hat.

Sind solche Reformen ein Abschied vom Milizprinzip, wie dies von Avenir Suisse dargestellt wird? Bedrohen sie die Volkssouveränität, die direkte Demokratie oder die konsensuelle Ausarbeitung bürgernahe Lösungen? Mit Sicherheit nicht! Vielmehr handelt es sich um eine sinnvolle Anpassung des Milizsystems an die veränderten Rahmenbedingungen. Das Milizprinzip basiert nicht auf dem Gedanken, dass staatliche Dienstleistungen quasi zum Nulltarif von aufopferungswilligen Bürgerinnen und Bürgern erbracht werden müssen. Entscheidend ist vielmehr, dass die Amtsträger noch ein zweites berufliches Standbein haben. Das trifft aber auch auf Gemeinderäte im Teilamt zu. Sollen im Interesse der Gemeindebevölkerung fähige Kandidierende für Exekutivämter gefunden werden, darf nicht auf Zwang und Fronarbeit gesetzt werden, sondern auf die Deckung der Opportunitätskos-

ten, die beim Verzicht auf eine vergleichbare berufliche Tätigkeit entstehen.

Wenn nun in der Öffentlichkeit das Bild des symbolisch entwürdigten Milizpolitikers mythisch überhöht wird und das Misstrauen gegenüber Systemanpassungen geschürt wird, ist niemandem geholfen. Am allerwenigsten den vielen Milizpolitikerinnen und Milizpolitikern in den Schweizer Gemeinden, die politische Knochenarbeit leisten - oftmals auf Kosten ihres Privatlebens und ihrer beruflichen Karriere. Gemäss einer Umfrage wünschen sich über 65 Prozent der Aargauer Exekutivmitglieder höhere Entschädigungen und eine bessere Trennung strategischer und operativer Aufgaben. Tatsächlich ist es verschiedenen Gemeinden gelungen, für operative Aufgaben einen Geschäftsführer einzustellen. Was aber nützt eine solche Massnahme, wenn gleichzeitig an niedrig entschädigten Ehrenämtern und einer praktisch inexistenten Verwaltung festgehalten wird?

Ein unverändertes Beharren auf dem unverfälschten Milizprinzip wird den Missstand vor allem in den kleinen Gemeinden weiter verschlimmern. Die Bürgerinnen und Bürger füttern sich um ihre Bürgerpflichten, die Lokalparteien - sofern es sie in den kleineren Gemeinden überhaupt noch gibt - erfüllen ihre Funktion bei der Rekrutierung von geeigneten Kandidaten längst nicht mehr, und in den Gemeinderäten springen zunehmend erschöpfte Rentner ein, welche sich in letzter Minute vom Gemeindepräsidenten zu einer Kandidatur haben überreden lassen. Zwar lassen die - mangels einer Auswahl an Kandidaten - vermehrt unumstrittenen Gemeinderatswahlen jeden Aspekt von Demokratie vermissen, dafür bleibt der Schein einer bürgernahen Behörde erhalten. Da die Bürgerinnen und Bürger aber nach wie vor hohe Ansprüche an die Führung ihrer Gemeinde stellen, werden sich diese auch von einer bürgernahen Milizbehörde abwenden, wenn diese offensichtlich fehlbesetzt ist.

Oliver Dlabac



Oliver Dlabac, 34, ist Projektleiter am Zentrum für Demokratie Aarau und Lehrbeauftragter am Institut für Politikwissenschaft der Universität Zürich. Er war der Leiter der kürzlich veröffentlichten Studie «Milizorganisation der Gemeindeexekutiven im Kanton Aargau: Rekrutierungsprobleme und Reformvorschläge».